

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



SPD

Ausgabe 39 Juli 2016

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

Nein heißt Nein – das gilt ab jetzt, wenn es um die sexuelle Selbstbestimmung geht. Überraschend einmütig hat der Bundestag in dieser Woche dafür gesorgt, dass Frauen – aber auch Männer – besser vor sexuellen Übergriffen geschützt werden.

Nein heißt Nein – gilt das auch in Großbritannien, wo sich das Volk mit knapper Mehrheit gegen die EU-Mitgliedschaft und für den Brexit entschieden hat?

Seit feststeht, dass eine hauchdünne Mehrheit der Briten für einen Austritt Großbritanniens aus der EU gestimmt hat, häufen sich fremdenfeindliche Angriffe, Schmierereien und Attacken auf der Insel. Das Ergebnis des Referendums empfinden einige als Legitimation für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Und diejenigen, die das Referendum aus politischem Kalkül oder anti-europäischer Haltung vorangetrieben und unterstützt haben, ziehen sich jetzt einfach aus ihren politischen Ämtern zurück. Sie sind in dieser schwierigen Phase nicht bereit ihr Land zu führen. Eine beispiellose Verantwortungslosigkeit!

Durch Polarisierung und Aufwiegeln kann man Stimmen gewinnen. Um politisch zu gestalten, braucht man aber mehr:

Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und auch die Bereitschaft, zu einem guten Zusammenleben beizutragen. Daran fehlt es nicht nur den populistischen Kräften in Großbritannien. Ähnliche Tendenzen sehen wir aktuell auch in Baden-Württemberg, schneller wohl als von vielen erwartet. Jene Partei, die sich anschickte, eine Alternative zu den etablierten Parteien zu sein, hat mit dem Schüren von Hass und Ressentiments nicht nur unsere Bürgerschaft gespalten. Sie spaltet sich gerade selbst. Frei nach dem Motto: Die Geister, die ich rief...

Demokratie ist das Ringen um das Gemeinsame, die manchmal durchaus anstrengende Suche nach Konsens und nach Kompromissen. Und sie lebt vom Respekt vor dem Andersdenkenden und vor dem Anderssein. Dazu gibt es, glaube ich, keine Alternative.

Ihre/Eure



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Fracking-Gesetz: Schutz für Mensch und Natur

Es ist geschafft! Über ein Jahr haben wir innerhalb der Koalition verhandelt. Das Ergebnis ist ein großer Erfolg für die SPD: das unkonventionelle Fracking, wie wir es aus den USA kennen, wird in Deutschland verboten. Auch sogenanntes konventionelles Fracking, das in Deutschland bereits seit über 50 Jahren bei der Erdgasförderung betrieben wird, birgt Risiken. Deshalb wird es zukünftig zum Schutz von Gesundheit und Trinkwasser strengen Vorschriften unterworfen. In vielen Gebieten, wie zum Beispiel in Wasserschutzgebieten, Einzugsgebieten von natürlichen Seen und Talsperren, aus denen Wasser für die öffentliche Wasserversorgung entnommen wird

etc., darf konventionelles Fracking nicht mehr betrieben werden. Für Vorhaben, die genehmigt werden, gelten verschärfte Vorschriften.

Es war höchste Zeit, dieses Gesetz zu verabschieden. Denn bisher gab es in Deutschland weder ein Verbot für Fracking noch klare Regeln. Unternehmen standen deshalb schon in den Startlöchern, ihre Rechte auf unkonventionelles Fracking gerichtlich zu erstreiten. Mit dem Gesetz konnten wir das verhindern und endlich klare Grenzen setzen und dem Schutz von Menschen und Umwelt Priorität verschaffen.

Sicher, Sauber, Bezahlbar

Das sind die drei Ziele, die wir uns als SPD für die Energieversorgung gesetzt haben. Mit der Weiterentwicklung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG 2016) wollen wir das große Projekt „Energiewende“ einen weiteren Schritt voranbringen. Es wurde jetzt im Bundestag in erster Lesung beraten.

Mit der Novelle des Gesetzes reagieren wir auf zwei Herausforderungen der Energiewende. Erstens sollen die Kosten für erneuerbare Energien begrenzt werden. Deshalb sieht der Entwurf vor, die Preise für Stromeinspeisungen aus neuen Energien in öffentlichen Ausschreibungen, also im Wettbewerb, zu ermitteln. Das war bei uns in der SPD-Fraktion heftig umstritten. Wir haben aber bereits wichtige Erleichterungen für Bürgerenergiegenossenschaften erreichen können, damit sie die Hürden des Ausschreibungsverfahrens nehmen können.

Zweitens muss der Ausbau des Netzes mit der Erzeugung von Ökostrom Schritt halten. Denn um zuverlässige Energieversorgung zu garantieren,

brauchen wir nicht nur genug Strom, sondern auch eine sichere Übertragung dieses Stroms dorthin, wo er gebraucht wird. Deshalb zielt der Entwurf auf eine gleichmäßigere Verteilung des Netzausbaus im Bundesgebiet und auf die Entlastung des vorhandenen Übertragungsnetzes.



Erbschaftssteuer: Durchbruch oder fauler Kompromiss?

Deutschland ist ein reiches Land. Doch auch bei uns besitzen immer weniger Menschen immer mehr von diesem Reichtum. Darum ist es überfällig, die Erbschaftssteuer zu reformieren. Als Instrument sozialer Gerechtigkeit ist sie für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von großer Bedeutung.

Der Kompromiss, den wir nun auf den letzten Drücker mit der Union erzielen konnten, ist allerdings eine Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Erbschaftssteuer musste neu geregelt werden, nachdem das Bundesverfassungsgericht Änderungen an den bisher geltenden Bestimmungen angemahnt hatte. Insbesondere die Verschonungsregeln für Betriebsvermögen waren dem Gericht zu weitgehend und mussten bis zum 30.6.2016 abgeschafft werden.

Das neue Gesetz sieht vor, dass bei Erbfällen ab 90 Millionen Euro grundsätzlich keine Verscho-

nung vor der Erbschaftssteuer mehr möglich ist. Bei Erbschaftsanteilen an Unternehmen ab 26 Millionen Euro sinkt der Anteil, der nicht versteuert wird, mit steigendem Wert. Außerdem müssen Erben von Vermögen ab 26 Millionen Euro selbst beweisen, dass sie eine Steuer finanziell überfordern würde. Es wird sich zeigen, ob diese Regelungen für das Bundesverfassungsgericht zufriedenstellend sind. Dass im Rahmen der doch sehr eng gesteckten Möglichkeiten überhaupt noch ein Gesetz beschlossen werden konnte, ist gut. Wir als SPD hätten uns aber ein anderes Ergebnis gewünscht. Dennoch müssen auch wir berücksichtigen, dass eine solche Steuer nicht zu Lasten von Arbeitsplätzen gehen oder die Existenz von Familienunternehmen bedrohen darf. Wir werden aber weiter daran arbeiten, das immer stärkere Auseinanderdriften von Arm und Reich aufzuhalten und zurückzudrehen.

AMG-Novelle: Mehr Zeit für Gewissensfragen

Diese Woche sollte eigentlich das „Vierte Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften“ verabschiedet und damit verschiedene EU-Vorgaben umgesetzt werden. Der Gesetzentwurf enthält auch eine umstrittene Regelung zur Forschung an nicht mehr einwilligungsfähigen Erwachsenen, wie beispielsweise Demenzkranken.



Gesundheitsminister Gröhe will Forschung an solchen Patienten sogar dann ermöglichen, wenn diese selbst keinen unmittelbaren Nutzen davon haben. Diese sogenannte „fremdnützige Forschung“ soll dann möglich sein, wenn die Betroffenen in noch gesundem Zustand eine entsprechende Verfügung unterschrieben haben. Dieser Teil des Gesetzes ist stark umstritten, weil solche Forschung bisher uneingeschränkt verbo-

ten ist. Im Rahmen der Expertenanhörung zum Gesetzentwurf wurde die Regelung auch strittig beurteilt und die ethische Relevanz einer solchen Entscheidung betont. Daraufhin wurde die Abstimmung über das Gesetz verschoben. Das ist gut so – denn es ermöglicht uns die Entscheidung sorgfältig zu reflektieren und entsprechende Änderungsanträge zu erarbeiten.

Völlig einig sind wir uns darüber, dass es notwendig ist, die Forschung zu Krankheiten wie Demenz zu verbessern. Zweifelhaft ist jedoch, ob es dafür notwendig ist, nichteinwilligungsfähige Personen an Studien und Forschungsprojekten zu beteiligen. Das zeigt schon ein Blick in Länder, in denen die Vorschriften weniger streng sind: es lässt sich kein Forschungsvorhaben finden, dessen Erfolg von einer Teilnahme mit nichteinwilligungsfähigen Personen abhängig gewesen wäre. Problematisch ist auch, dass zum Zeitpunkt der Bereitschaftserklärung, im Falle einer späteren Demenz an klinischen Studien teilnehmen zu wollen, weder Träger, noch Zielsetzung oder Vorgehensweise der Studie bekannt sein können. Es wäre also eine Blankoverfügung. Ich werde mich deshalb an einem Gruppenantrag beteiligen, der zum Ziel hat, den jetzigen Rechtsstand beizubehalten.

Viel Besuch aus dem Landkreis...



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der BPA Fahrt im Juni

Außer dieser waren noch Klassen der Heinrich Schickhardt Schule Bad Boll, der Albert-Schweizer-Schule Albershausen, der J.G.-Fischer-Schule Süssen und der Hieber-Realschule UHINGEN zu Besuch.

Alle Bilder gibt es auf meiner → [Facebook-Seite](#)



Mit Schülerinnen und Schülern der Schiller Realschule Göppingen

...und im Landkreis



40 Jahre THW Gruibingen

Neumitgliederfrühstück im Bürgerbüro:

Gegenseitiges Kennenlernen und engagierte Diskussion beim Neumitgliederfrühstück mit 8 "Neuen" zwischen 17 und 60.



In Aktion: Beim Familiensporttag der Behindertensportgemeinschaft Göppingen 1952e.V. Viel Spaß hatte ich beim Geschicklichkeitswettbewerb mit 10-Stationen-Parcours.



Termine - 08. bis 31. Juli 2016

Freitag, 08. Juli 18:15 Uhr
"Die abgehörte Republik -
Der NSA-Skandal und seine Folgen"
mit Christian Flisek, MdB, Obmann
im NSA-Untersuchungsausschuss
Albwerkspeicher Geislingen

Sonntag, 10. Juli 8:00 Uhr
Kreisfeuerwehrtag
Kornberghalle Dürna

Sonntag, 17. bis Mittwoch, 20. Juli
BPA-Fahrt aus dem Landkreis nach Berlin

Dienstag, 19. Juli 17:00 Uhr
41. Kastanienfest
Polizeipräsidium Göppingen

Donnerstag, 21. bis Sonntag, 31. Juli
Sommertour
—> Mehr [hier](#)
#unerschoenerlk

Donnerstag, 21. Juli
19:00 Uhr
„Heike Baehrens im Gespräch“
Hohensteinhalle Gingen



Auf Wanderschaft mit dem Stadt seniorenrat Süßen:
Von Niederstotzingen durchs schöne Lonetal nach
Hürben und auf dem Jakobswege um den Kagberg
herum.

Freitag 22.Juli
14:00 Uhr
Eröffnung Schulungs-
und Bildungszentrums Louise
Vinzenz von Paul
Göppingen
19:00 Uhr
Verabschiedung
Bürgermeister Friedrich Buchmaier
Dürna

Montag, 25. Juli
8:30 Uhr
Kinderfest Geislingen
16:00 Uhr
Bürgersprechstunde
Bürgerbüro
18:30 Uhr
Verdi-Ortsverein Göppingen



Besuch in der Landesgruppe von unserem Außenminister Frank-Walter Steinmeier und engagierten Ehrenamtlichen aus Baden-Württemberg.

Dienstag, 26. Juli

10:00 Uhr

Ortsbesuch Bezgenriet und Jebenausen

Gespräch mit Bezirksamtsleiter

Hans Braterschofsky

14:30 Uhr

Lohnsteuerhilfverein Geislingen

16:00 Uhr

Besuch Polizeirevier Geislingen

17:30 Uhr

40 Jahre Psychologische Beratungsstelle Göppingen

Kapellmühlsaal Geislingen

Donnerstag, 28. Juli

11:45 Uhr

Ortsbesuch Gruibingen

Gespräch mit Bürgermeister Roland Schweikert

15:30 Uhr

Besuch Kreisarchiv Göppingen

18:00 Uhr

Stadtrundgang Göppingen

mit Baubürgermeister Helmut Renftle

Freitag, 29. Juli 10.00 Uhr

Gespräch mit der AOK Neckar-Fils



Experten im Gespräch mit der AG Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Rehabilitation.

Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.heike-baehrens.de
heike.baehrens.wk@bundestag.de



www.facebook.com/baehrensmdb